

Ukrainisch-polnische Aussöhnung: Mythen und Realität

25.10.2009

Man meint, dass die Ukraine und Polen es geschafft haben einen "Schlüssel" für die Lösung des schweren und verwirrten Knotens der historischen Konflikte zu finden. Mehr noch, die bilateralen Beziehungen der beiden Länder werden oftmals als Muster angeführt, wenn die Rede von der historischen Aussöhnung zweier großer europäischer Völker geht.

Man meint, dass die Ukraine und Polen es geschafft haben einen "Schlüssel" für die Lösung des schweren und verwirrten Knotens der historischen Konflikte zu finden. Mehr noch, die bilateralen Beziehungen der beiden Länder werden oftmals als Muster angeführt, wenn die Rede von der historischen Aussöhnung zweier großer europäischer Völker geht.

Damit man sich davon überzeugt, braucht man lediglich die Informationsmitteilungen zu den offiziellen Treffen der Führung der Ukraine und Polens anzusehen, in denen das Thema "Verständnis" einen der führenden Plätze einnimmt und nicht hinter dem aktuellen der Euro-2012 zurücksteht.

Der letzte Besuch Wiktor Juschtschenkos in der Republik Polen bestätigt das gesagte nur.

Vor den vielen Kameras und Journalisten betonten die Präsidenten Juschtschenko und Kaczyński ein weiteres Mal "die Wichtigkeit des Themas der historischen Aussöhnung des ukrainischen und des polnischen Volkes für die weitere effektive Entwicklung der partnerschaftlichen Beziehungen zwischen der Ukraine und Polen".

Sie hoben ebenfalls hervor, "dass ungeachtet der nicht einfachen gemeinsamen Geschichte, die unsere Länder haben, die Entscheidung getroffen wurde, die historische Wahrheit zu beachten/befolgen und die gemeinsame Vergangenheit wie sie ist für die Entwicklung der zukünftigen freundschaftlichen Beziehungen arbeiten soll".

Von der Beinahe-"Idylle" in dieser Frage zeugte das Treffen Juschtschenkos mit dem Vorsitzenden des Instituts für Nationales Gedenken Polens, Janusz Kurtyka, in Kiew. Dabei dankte der Präsident "dem Institut für Nationales Gedenken Polens für den Beitrag zur Wiederherstellung der historischen Wahrheit zu den ukrainisch-polnischen Beziehungen".

Während des Gespräches hoben beide Seiten "die Wichtigkeit einer aktiven Fortsetzung des Prozesses der historischen Aussöhnung und Einheit zwischen dem ukrainischen und dem polnischen Volk als wichtigem Bestandteil einer effektiven Entwicklung unserer partnerschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen in der Zukunft" hervor.

Besonders optimistisch klingen die Zeilen aus der Meldung, die auf der Präsidentenseite platziert wurde: "Das Staatsoberhaupt bezeichnete den Prozess der historischen Aussöhnung, der im Verlaufe der letzten Jahre vor sich geht, als wichtige Leistung unserer bilateralen Beziehungen".

"Wir sind an der Wahrung der existierenden Formeln der historischen Aussöhnung interessiert", verzeihen und bitten um Verzeihung, deren Einführung die beiderseitigen Konflikte der Vergangenheit über die Grenzen der zeitgenössischen Politik hinausführt", sagte Juschtschenko.

Derweil zeigt ein objektiver Blick auf die jetzigen Beziehungen zwischen Ukrainern und Polen, im Kontext der historischen Aussöhnung, wenn nicht auf gegensätzliche Schlussfolgerungen, so zeugt er, wenigstens, von der Existenz ernsthafter Probleme. Hier ist eine kurze Chronik von der ukrainisch-polnischen "historischen Front".

Eine laute Resonanz in den ukrainischen und polnischen Massenmedien erhielt die Information über die Schließung des ukrainischsprachigen Nachrichtenprogrammes "Telenowyny" in Polen, welches lange Zeit das einzige polenweite Programm war, welches vom ukrainischen Leben im Lande erzählte.

Als Zeichen des Protestes sammelten die Ukraine 40.000 Unterschriften unter der Forderung "Telenowyny zu verteidigen". Ihre Entrüstung über diesen präzedenzlosen Vorfall drückten der Stellvertreter des Parlamentsvorsitzenden, Mykola Tomenko, und die Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Fragen der Meinungsfreiheit, Hanna Herman, aus

An die Bürgermeister der polnischen Städte wandte sich mit der Bitte um Einmischung in die Angelegenheit der ukrainischen Fernsehübertragung der Bürgermeister Lwiws, Andrij Sadowyj. Heute versucht die Vereinigung der Ukrainer in Polen die Frage in aller Schärfe der Führung der Europäischen Union zu stellen.

Eine wirkliche antiukrainische Provokation wurde vor Kurzem in der Stadt K?trzyn, wo Vertreter einer chauvinistischen Organisation auf den Straßen dieser Stadt Fotografien mit am Baum aufgehängten Kindern plakatierten, die als Beweis dienen sollten, dass diese Kinder angeblich von Kämpfern der UPA (Ukrainische Aufstandsarmee) aufgehängt wurden.

Man braucht auch nicht die Augen vor dem Skandal zu schließen, der im August an der polnischen Grenze entstand, als die Grenzer zwei Teilnehmer des Kinder-Fahrradmarathons "Auf den europäischen Pfaden Stepan Banderas" (Bandera, war Anführer der "Organisation Ukrainischer Nationalisten" – OUN) festhielten und diese mehr als eine Stunde lang nicht auf das Territorium Polens ließen. Der politische Subtext des Inzidents ist offensichtlich.

Die polnische Seite verbirgt dies nicht und mit entsprechenden "nicht freundlichen" Erklärungen bezüglich der Ukraine traten damals das Innenministerium, Administration und das Außenministerium Polens auf.

Charakteristisch ist ebenfalls der Rückzug des Präsidenten Polens, Kaczyński, der sich weigerte gemeinsam mit Präsident Juschtschenko an der feierlichen Eröffnung des Memorials in Sahryn teilzunehmen, wo im September 1944 eine Abteilung der Polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa) etwa 1.000 Einwohner des ukrainischen Dorfes umbrachte. Stimmen Sie zu, so sollte der "europäische Anwalt der Ukraine" nicht vorgehen.

Und hier ist ein total frischer Fall. Der Stadtrat von Legnica traf am 28. September die Entscheidung einer der Straßen der Stadt in "Allee der Opfer des Genozids der OUN-UPA" umzubenennen. Für diese Entscheidung stimmten neun Abgeordnete, vier waren dagegen, drei enthielten sich der Stimme. Noch vorher erhielt das Projekt eine positive Bewertung durch die Kommission zur Umbenennung von Straßen und Boulevards.

Wie die Zeitung der polnischen Ukrainer "Nasze Slowo/Unser Wort" bestätigt, ist tatsächlich der Fakt, dass der Straße die Bezeichnung "Opfer des Genozids der OUN-UPA" verliehen wurde, "eine Widerspiegelung des Zustandes der Verschlechterung der polnisch-ukrainischen Beziehungen. Er zeigt, dass die polnische Politik pragmatischer und radikaler wird: das, was einstmals charakteristisch ausschließlich für rechte Politiker und 'Bekloppte' war, erstreckt sich heute sogar auf zentristische und linke Kräfte.

Denn für die Bezeichnung 'Allee der Opfer des Genozids der OUN-UPA' stimmten fünf Abgeordnete von 'Recht und Gerechtigkeit', zwei von der 'Union der demokratischen linken Kräfte', einer der 'Bürgerplattform' und ein Unabhängiger."

Letztendlich darf man auch die Augen nicht vor der antiukrainischen Hysterie verschließen, die den Erlass des Sejm der Republik Polens anlässlich des nächsten Jahrestages der so genannten Wolhynientragödie begleitete, in welcher der nationale Befreiungskampf der OUN und UPA als "ethnische Säuberungen" und das althergebrachte ukrainische Land Wolhyniens als "östlicher Außenbezirk" bezeichnet wurde.

Nicht zufällig haben einzelne Massenmedien in der Ukraine und Polen die erwähnte Anordnung als Aufstachelung zwischennationaler Feindschaft und Beginn eines Prozesses der rückläufigen Entwicklung positiver Leistungen in den bilateralen Beziehungen zwischen Ukrainern und Polen und den beiden Nachbarstaaten bezeichnet.

Sogar diese, bei weitem nicht vollständige Liste der Verschärfungen der ukrainisch-polnischen Probleme schwingt mit den Versuchen die Gesellschaft zu überzeugen, dass zwischen der Ukraine und Polen vollständige Harmonie in den Beziehungen bezüglich der sogenannten "historischen Fragen" herrscht, mit.

Im Gegenteil kann man deren starke Verschärfung konstatieren, die sehr weitreichende negative Folgen für die beiden Staaten und Völker haben kann.

Vor dem Hintergrund der Binnenkonfrontation widmet die ukrainische Politik diesen Problemen keine Aufmerksamkeit. Außer der Allukrainischen Vereinigung "Swoboda/Freiheit" (ukrainische Neofaschisten), deren Abgeordnete auf den Sitzungen der Oblasträte in der Westukraine diese Frage regelmäßig aufwerfen, entscheidet sich niemand der Wahrheit ins Auge zu sehen.

Was ist hier größer: die politische Kurzsichtigkeit oder der Komplex des "Kleinrussentums" ? Es wirkt so, als ob sowohl das eine als auch das andere nicht reicht.

Bohdan Tschervak

Quelle: [Ukrajinska Prawda](#)

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.